

III. Asymmetrische Repression

Luis Liendo Espinoza

Die Lage der Roma in Europa kann nicht begriffen werden, solange die spezifische Rolle von Öffentlichkeit und Politik, die *Arbeitsteilung* zwischen West- und Osteuropa nicht ernsthaft beurteilt wird. Im *rückständigen* Osteuropa hetzen nicht alleine Bürgermeister, Bürgerinitiativen und rechtsextreme Parteien gegen Roma, sondern ebenso etablierte Medien und Politiker. So sind es bspw. in Ungarn nicht allein die faschistische Miliz Magyar Gárda oder Jobbik, welche gegen Roma hetzen. Es ist die regierungsnaher Zeitung Magyar Hirlap, welche Roma offen als „Tiere“ bezeichnet, mit denen keine Koexistenz möglich sei.¹ Ähnliche Aussagen von etablierten Politikern sind im Osten Europas absolut nichts Außergewöhnliches.² Im *zivilisierten* Westeuropa scheint dagegen ein anderer Ton vorzuherrschen. Hier beherrscht das Thema Roma seit über einem Jahrzehnt Politik, Menschenrechtsorganisationen und Forschung. Die *Dekade der Roma-Inklusion* wurde 2005 von 12 europäischen Staaten - u.a. Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Serbien und die Slowakische Republik - ausgerufen, um die soziale Situation der Roma nachhaltig zu verbessern. Die Initiative wird von der EU und der Weltbank gefördert. 2008 fand der erste EU-Gipfel auf Initiative der Europäischen Kommission und des Rates der Europäischen Union statt. Nach Angaben der Europäischen Kommission waren 400 Repräsentanten aus EU-Institutionen, Politik und Zivilgesellschaft vertreten.³ Weitere EU-Roma-Gipfel fanden 2010 und 2014⁴ statt. Daneben waren auf der europäischen Ebene u.a. das Europäische Parlament, der Europäische Rat, der Rat der Europäischen Union, der Europarat, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz und die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte zum Thema Roma tätig. Tatsächlich gibt es kaum eine EU-Institution, welche nicht dieses Thema aufgegriffen hätte. Nach Schätzungen sind allein von 2000 – 2010 300 Millionen Euro in Roma-Projekte geflossen.⁵ Eine ähnliche Entwicklung kann auf dem Gebiet der Forschung konstatiert werden. Unter dem Label *Antiziganismus* werden in den letzten Jahren vermehrt Konferenzen, Symposien und Lehrveranstaltungen abgehalten.

Das grundlegende Problem, wie bereits angedeutet, ist, dass die öffentliche Debatte vor allem um die Begriffe Diskriminierung, soziale Integration, Rassismus oder um die historische Verfolgung der Roma durch die Nazis kreist. Doch es besteht ein grundlegender Unterschied zwischen Diskriminierung und Verfolgung. Diskriminierung ist vielen aus eigener Erfahrung bekannt. Migranten, Menschen mit einer physischen Beeinträchtigung, Schwule und Lesben sind in Westeuropa immer wieder

1 <http://www.spiegel.de/international/europe/hungarian-journalist-says-roma-should-not-be-allowed-to-exist-a-876887.html>

2 Italien hängt hier mittendrin. Hier forderte der Chef der Lega Nord unlängst, Roma-Siedlungen „dem Erdboden gleich [zu] machen.“
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/lega-nord-chef-matteo-salvini-bulldozer-in-roma-lager-a-1027616.html>

3 <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=88&langId=en&eventsId=105>

4 http://ec.europa.eu/justice/events/roma-summit-2014/index_en.htm

5 <http://oe1.orf.at/artikel/256961>

Ziel von Beleidigungen in der Öffentlichkeit oder Diskriminierung am Arbeitsplatz. Diese Gruppen müssen aber nicht befürchten, in der Nacht von Polizei überfallen, ihres Eigentums enteignet und später ohne effektive Rechtsmittel diesem Zustand gegenüberstehen zu müssen. Diese grundlegende Differenz, die jegliche Strategie zur Bekämpfung dieser Zustände bestimmen muss, verliert sich im Unvermögen von Politik, Öffentlichkeit und Forschung, den entscheidenden Zusammenhang zwischen massenhafter Gewalt, soziale Verbannung und öffentlicher Hetze herzustellen. So heißt es im Folder „Antiziganismus“ der Amadeu Antonio Stiftung:

„In allen europäischen Ländern erleiden sie [Roma] massive Diskriminierung. Die lange Geschichte der Benachteiligung von Sinti und Roma hat dazu geführt, dass viele Angehörige der Minderheit sich in schwierigen sozialen Situationen befinden und oft Probleme haben, Zugang zu Bildung oder Unterstützung zu finden. Die Nationalsozialisten haben Sinti und Roma europaweit verfolgt, entrechtet und ermordet.“⁶

Schwierige soziale Situationen können bspw. aus längerer Arbeitslosigkeit, Schulden oder Drogensucht entstehen. Dies hat wenig mit der Situation der Roma zu tun, wo ganze Generationen gezwungen sind, ohne fließendes Wasser, Elektrizität oder Heizung leben zu müssen. Selbst Begriffe wie Armut sind hier problematisch, weil sie die beispiellose und **vorsätzliche** soziale Deprivation der Roma durch die Mehrheitsgesellschaft unterschlagen. Die Bundeszentrale für politische Bildung kommt diesem entscheidenden Zusammenhang wesentlich näher:

„In vielen osteuropäischen Staaten werden Roma offen diskriminiert, werden Opfer von Zwangssterilisation und Gewalt. In Rumänien, Bulgarien und Ungarn, aber auch in Süditalien kam es in den vergangenen Jahren zu antiziganistischen Pogromen.“ Roma erleiden, „nach wie vor eine massive systematische Diskriminierung“.⁷

In einzelnen Artikeln zur Situation der Roma in Osteuropa, werden wesentliche Themen angesprochen, doch letztlich fällt die europäische und jahrzehntelange Dimension dieser Gewalt aus dem Blickfeld. Wo selbst Forschung und Öffentlichkeit unfähig und unwillens sind, die Natur der gesellschaftlichen Verhältnisse ernsthaft zu bestimmen, kann es nicht verwundern, dass die Politik versagt.

Formal war die Roma-Dekade eine Zusammenarbeit von weltweit führenden Menschenrechtsorganisationen, nationalen Behörden und Regierungen, Organisationen der Zivilgesellschaft und EU-Behörden. Involviert waren u.a. die Weltbank, das Open Society Institut, die OSZE und das ERRC. In der Deklaration von 2005 gelobten die Minister der teilnehmenden Staaten, „die Diskriminierung zu eliminieren“ und die „inakzeptable Kluft zwischen den Roma und dem Rest der Gesellschaft“⁸ zu schließen. Als zentrale Aufgabengebiete der Dekade wurden vom *International Steering Committee* (dem aus Vertretern der Regierungen, internationalen Organisationen, Roma-Vertretern und Geldgebern bestehenden zentralen Gremium) Bildung, Beschäftigung, Gesundheit

6 <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/was-ist-antiziganismus-7640>

7 <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/173908/glossar?p=6>; Dass Pogrome gegen Roma in Osteuropa erst seit einigen Jahren stattfänden, wird selbst in Teilen der Forschung und von etablierten Institutionen immer wieder behauptet.

8 <http://www.romadecade.org/article/decade-declaration/9240>

und Wohnen bestimmt.⁹ Nationale Regierungen und Behörden hatten von Beginn an eine zentrale Stelle in der Planung und Konzipierung der Roma-Dekade. Die verschiedenen Staaten übernahmen für jeweils ein Jahr den Vorsitz über die Dekade. Die Berichte und umfassenden Projektplanungen sprühten vor Optimismus. So erwähnt der Bericht des rumänischen Vorsitzes 2005-2006 Projekte für Kinder, die Ausbildung von 51 Roma Gesundheits-Mediatoren, ein Beschäftigungsprogramm für 16.500 Roma und umfassende Pläne um die Infrastruktur für 50 Kommunen mit einem hohem Roma-Anteil zu verbessern.¹⁰ Ähnlich ambitioniert sind die *Nationalen Dekade Aktionspläne*, welche teilweise seitenlang detailliert die umfassenden Reformpläne und Maßnahmen auf den genannten Hauptzielfeldern der Dekade auflisten.

Betrachtet man nun die Masse an Aktivitäten und Reformpläne, welche in der Öffentlichkeit von Seiten europäischer, nationaler und internationaler Institutionen zum Thema Roma artikuliert werden, springen zwei wesentliche Punkte ins Auge: Die Roma-Dekade und die Mehrheit der transnationalen Reformvorhaben fanden erst nach 15 Jahren von brutalen Pogromen, Übergriffen durch Polizei und Sicherheitsbehörden und legaler Repression statt. Dessen ungeachtet werden diese entscheidenden Zusammenhänge in den wesentlichen Dokumenten der Dekade faktisch nicht erwähnt und dementsprechend auch nicht in den nationalen Aktionsplänen miteinbezogen. Zweitens haben die Masse an Aktivitäten und Ressourcen erstaunlicherweise wenig Wirkung gezeigt. So stellt bspw. ein ERRC-Bericht zur Gesundheitssituation der Roma in Rumänien von 2013 fest, dass Roma in Rumänien eine um 16 Jahre kürzere Lebenserwartung und eine dreimal so hohe Sterblichkeitsrate bei Kindern unter 10 Jahren als die Durchschnittsbevölkerung haben. Ferner wird erwähnt, dass 32% der Roma-Frauen niemals eine gynäkologische Untersuchung hatten (16% Durchschnittsbevölkerung) und 62% der Roma-Frauen nicht wüssten, was eine Mammografie ist.¹¹ Ein Bericht des UN-Komitees für ökonomische, soziale und kulturelle Rechte von 2014 stellt fest, dass

„Roma [in Rumänien] weiterhin umfassende Diskriminierung und soziale Exklusion insbesondere auf den Gebieten Wohnen, Erziehung, Gesundheit und Beschäftigung erfahren. Dies ungeachtet einer Vielzahl an Plänen und Strategien, welche von staatlicher Seite implementiert wurden.“¹²

Während im bulgarischen Nationalen Aktionsplan der Roma-Dekade seitenlang Maßnahmen - u.a. gynäkologische Untersuchungen und Beratungen in stationären und mobile Gesundheitszentren bei Roma-Siedlungen, Gesundheitsmediatoren, Zugang zu Rettungstransporten, umfassende Aufklärungskampagnen, Impfkampagnen und Präventionsuntersuchungen¹³ – angekündigt wurden, um die medizinische Versorgung der Roma-Bevölkerung zu verbessern, erwähnt ein Bericht des Immigration and Refugee Board of Canada von 2012 bezüglich der

9 http://www.romadecade.org/cms/upload/file/9294_file2_raport_un_an_de_presedentie-deceniu- en.pdf

10 http://www.romadecade.org/cms/upload/file/9294_file2_raport_un_an_de_presedentie-deceniu- en.pdf

11 <http://www.errc.org/article/hidden-health-crisis-health-inequalities-and-disaggregated-data/4214>

12 <http://www.errc.org/article/romania-falls-short-of-its-international-human-rights-obligations-on-economic-social-and-cultural-rights/4337>

13 http://www.romadecade.org/cms/upload/file/9296_file11_national-action-plan-bulgaria.pdf

Situation der Roma eine um 10 Jahre verringerte Lebenserwartung, institutionalisierte Diskriminierung und eine besondere Anfälligkeit für infektiöse Krankheiten wie Hepatitis und Tuberkulose.¹⁴ Der Civil Society Monitoring Report zu Bulgarien von 2012, der ebenfalls im Rahmen der Roma-Dekade veröffentlicht wird, stellt fest, dass „es keinen signifikanten Fortschritt in den Hauptzielfeldern“ gegeben habe.

„Das Haupthindernis gegen eine Gleichstellung der Roma als Bürger Bulgariens ist eine tief verwurzelte strukturelle und soziale Diskriminierung. Die sozialen Abstände zwischen Roma und nicht-Roma nehmen zu, in den letzten fünf Jahren hat sich die Situation diesbezüglich verschlimmert, nicht verbessert.“¹⁵

Amnesty International beschreibt in einem detaillierten Bericht von 2015 wie bspw. in Serbien Projekte zur Unterstützung von Roma verschleppt werden. Hier wurden mit finanzieller Unterstützung der EU umfassende Projekte zu einer menschenrechtskonformen Wiederansiedlung von Roma geplant und angekündigt. Das Vorzeigeprojekt sollte über 2000 Roma, welche ab 2009 von ihren Siedlungen durch die Behörden vertrieben wurden, ansprechende alternative Unterkünfte verschaffen. Amnesty International untersuchte dabei vor allem den Fall von 124 Familien, welche 2012 aus Belvile vertrieben wurden und in Belgrad gemeldet waren. Die Probleme begannen bereits damit, dass die Familien provisorisch in Containerdörfern untergebracht wurden, welche weit weg vom Zentrum der Stadt, Infrastruktur und Arbeitsplätze lagen. Ursprünglich wurde verlautbart, die Familien würden nur temporär bis 2013 in den Containern untergebracht und ab diesem Zeitpunkt in neu errichtete oder renovierte Wohnhäuser umziehen. 120 Familien, welche nicht in Belgrad angemeldet waren, wurden in Busse in den Süden verfrachtet, wo sich ihre Situation größtenteils verschlimmerte. Viele der abgeschobenen Familien siedelten sich später erneut in informelle Siedlungen in Belgrad an, manche wurden vollkommen obdachlos. Ihnen wurde praktisch keine Hilfe aus dem EU-Fond bereitgestellt, der 2012 von der Europäischen Kommission mit 3.6 Mio. € freigegeben wurde. Im Januar 2015, über ein Jahr nach der geplanten Bereitstellung neuer Unterkünfte, wurde den verbliebenen anspruchsberechtigten 118 Roma-Familien in den Containerdörfern erklärt, dass die finanziellen Mittel nur für 59 Familien reichen würden. Bis April 2015 waren 39 Familien in neue Unterkünfte umgezogen, 10 weiteren Familien wurde Hilfe bereitgestellt, um ihre alten Unterkünfte zu renovieren. Den verbliebenen 50 Familien in den Containerdörfern und den 120 vertriebenen Familien ohne Anmeldung in Belgrad blieb allein das Überleben unter menschenunwürdigen Bedingungen oder die Obdachlosigkeit. Anfragen von Amnesty International über die genaue Verwendung der Gelder des EU-Fonds wurden nicht beantwortet.¹⁶

Die Beispiele für das Scheitern der Roma-Dekade und vieler anderer Initiativen könnten hier auf Dutzenden Seiten dargelegt werden und sind

14 <http://www.refworld.org/docid/50a9eea32.html>. Gerade Ende 2014 wollte der bulgarische Gesundheitsminister nach gewalttätigen Zwischenfällen überhaupt Rettungsfahrten in Roma-Siedlungen unterbinden.

<http://www.novinite.com/articles/165286/Bulgarian+Helsinki+Committee+Condemns+%E2%80%98Racist+Threat+%E2%80%99+of+Health+Minister>

15 http://www.romadecade.org/cms/upload/file/9270_file4_bg_civil-society-monitoring-report_en.pdf

16 <https://www.amnesty.org/en/articles/news/2015/04/serbia-forcibly-evicted-roma-still-awaiting-resettlement-despite-eu-millions/>

ausreichend dokumentiert. Ernsthafte Probleme werden auch von EU-Institutionen anerkannt, doch gleichzeitig werden kaum Impulse für ein grundlegendes Umdenken abgegeben. Weiterhin werden in unzähligen Initiativen auf allen Ebenen Diskriminierung und Hass gegen Roma scharf verurteilt. Doch entgegen allen Erklärungen werden in Europa Gewalt und Hass gegen Roma geduldet. Effektiv äußert sich dieser Zusammenhang in der Tatsache, dass keine umfassenden Sanktionen gegen die Verantwortlichen unternommen werden, welche gegen die explizit verkündeten Prinzipien verstoßen.¹⁷ Dies gilt sowohl für die nationale als auch für die europäische Ebene. 10 Jahre nach dem Beginn der Roma-Dekade scheint alles beim Alten geblieben oder sich verschlimmert zu haben. So schreibt Bernhard Rorke 2014 bezüglich einer erneuten EU-Initiative:

„Zwei Jahre nachdem die Europäische Kommission das EU-Rahmenprogramm für nationale Roma Integration angenommen hat, das bis 2020 eine »greifbare Veränderung im Leben der Roma« erzielen soll, gibt es wenig Grund für Optimismus: Der Fortschritt bleibt unbedeutend, Diskriminierung ist allgegenwärtig. Verhetzung und Gewalt gegen Roma dauern unvermindert an und in vielen Staaten hat die Roma Exklusion sogar weiter zugenommen.“¹⁸

Der skizzierte paradoxe Zusammenhang zwischen medienwirksamen und prominenten Initiativen in Sachen Menschenrechten einerseits und realer Wirkungslosigkeit dieser Maßnahmen andererseits birgt noch eine weitere problematische Dimension für Roma: Das Hauptaugenmerk dieser Arbeit liegt darin, eine **Verfolgung** der Roma in Europa zu konstatieren, indem eine weit über *gewöhnliche* Diskriminierung hinausgehende Dimension der Repression und Gewalt gegen Roma skizziert und analysiert wird. Dies ist notwendig, da in unzähligen Berichten und Artikeln Themen wie Wohnsituation, Bildung, Diskriminierung oder Gesundheit im Zusammenhang mit Roma diskutiert und dargelegt werden, während die ausschlaggebende Rolle der Überfälle, Pogrome und Polizeigewalt für eine seriöse Einschätzung der Lage der Roma jedoch kaum erkannt wird. Die tatsächlichen Dimensionen der Gewalt gegen Roma und deren über 20-jährige Geschichte ist nur einigen wenigen Experten bekannt. **Im öffentlichen Bewusstsein dagegen existiert keine Verfolgung von Roma in Europa.** Es gibt kein europäisches Land, das die Verfolgung von Roma in Serbien, der Ukraine oder Griechenland als Fluchtgrund akzeptieren würde. Folgerichtig werden Roma in Westeuropa nicht allein diskriminiert und gemeinsam mit Arbeitsmigranten aus Osteuropa als billige Arbeitskräfte ausgebeutet, sondern nach Gutdünken auch genau in jene Staaten abgeschoben, wo Gewalt und Repression gegen Roma ungekannte Ausmaße angenommen haben. Nach Angaben deutscher Behörden werden 90% der Asylanträge aus dem Balkan von Roma gestellt. Tatsächlich erlauben Gesetzesreformen im Asylbereich den Behörden in Deutschland, die spezifische Form der Verfolgung von Roma als Asylgrund anzuerkennen. Doch die

17 „The multiple forms of discrimination, racism and other human rights violations experienced by the Roma in Europe cannot be thoroughly addressed until the Commission uses all the instruments at its disposal. It has the power, for instance, to ensure that national authorities do not target Roma through forced evictions, foster residential segregation and segregate Roma pupils in Roma-only classes or classes for pupils with mild mental disabilities.“ <https://www.amnesty.org/en/documents/eur01/002/2013/en/>

18 <http://www.errc.org/article/roma-rights-2013-national-roma-integration-strategies-what-next/4238/2>

„deutsche Rechtsprechung akzeptiert nicht, dass die massive und kumulative Verletzung der ökonomischen, sozialen und kulturellen Rechte der Roma [auch hier werden langjährige Gewalt und Repression nicht erwähnt]“¹⁹

einen hinreichenden Asylgrund darstellen. Im Gegenteil werden Asylanträge aus Mazedonien und Serbien in Deutschland nun nach einem Blitzverfahren abgehandelt, das den Antragstellern nur wenige Minuten Zeit lässt, ihre Fluchtgründe darzustellen, um ihnen innerhalb weniger Tage einen negativen Bescheid zukommen zu lassen. Im *freundlichen* Teil Europas hält sich die offene Gewalt gegen Roma noch in Grenzen, hier sorgen Forschung und Menschenrechtsorganisationen seit über einem Jahrzehnt dafür, dass die Situation der Roma nicht vollkommen vergessen wird, während gleichzeitig auch fragwürdige Hoffnungen geweckt werden, wonach eine Besserung durch umfassende Kooperation mit Staat und europäischen Institutionen möglich wäre. Hier wird Wert auf political correctness gelegt, die Beschwörung von Menschenrechten und Toleranz ist allgegenwärtig und findet sich in öffentlichen Werbeeinschaltungen und Politikerreden. Wenn man als Roma aus Westeuropa in die Pogrom-Gebiete in den Kosovo, nach Griechenland oder Bulgarien abgeschoben wird, erhält man zumindest gelegentlich ein Schreiben und Betreuung durch einen Sozialarbeiter.

Die publikumswirksame Vorstellung umfassender Projekte gegen die Diskriminierung von Roma hat letztlich vor allem dazu beigetragen, politischen Druck von den Verantwortlichen auf europäischer und nationaler Ebene zu nehmen. Maßnahmen gegen die Diskriminierung der Roma waren schließlich auch Forderungen für die EU-Beitrittsverhandlungen einiger osteuropäischer Staaten. Diese konnten nun jederzeit auf nationale Aktionspläne und hochoffizielle Projekte verweisen. Letztlich trug die Roma-Dekade und die affirmative Menschenrechtsarbeit (die erzielten lokalen Fortschritte, werden hier bewusst ausgeblendet) auch dazu bei, das Elend der Roma nach 15 Jahren Pogromen und Verfolgung in Europa um ein weiteres Jahrzehnt zu verlängern. **Pogrome, landesweite Ausschreitungen und Terror in Ungarn, Bulgarien und der Tschechischen Republik setzten sich Jahre nach dem Beginn der Roma-Dekade unvermindert fort.** Gewalt, Repression, unerträgliche soziale und ökonomische Zustände trieben Roma - Bürger der Europäischen Union - in den Westen Europas. Doch sieht man von den Gewaltexzessen ab, werden in Westeuropa Roma letztlich ebenso systematisch unterdrückt und aus der Gesellschaft geschlossen, wie in den östlichen und südlichen Krisenregionen. Vertreibungen, Abschiebungen, Zerstörungen von Eigentum und Siedlungen sind in Frankreich, Italien, Spanien und anderen Staaten keine Ausnahme. Menschenrechtsorganisationen weisen regelmäßig darauf hin, dass auch in Westeuropa Polizei und Behörden grundlegende Rechte der Roma verletzen und Verfahrensregeln nicht eingehalten werden. Obdachlosigkeit, informelle Wohnverhältnisse und die nicht endende krisenhafte Situation am Arbeitsmarkt sorgen dafür, dass Roma aus den bürokratischen Integrationsmechanismen der westlichen Staaten

¹⁹ <http://www.errc.org/article/roma-rights-1-2014-going-nowhere-western-balkan-roma-and-eu-visa-liberalisation/4325/9>; „systematische Exklusion“, „kumulative Diskriminierung“ etc. sind Wortschöpfungen findiger Sozialwissenschaftler, welche davor bewahren sollen, den Begriff der Verfolgung zu diskutieren.

ausgeschlossen bleiben. Sie verschwinden in der Masse der prekären und obdachlosen Arbeitsmigranten aus Osteuropa, welche in den Metropolen am Rand und außerhalb der Gesellschaft überleben.

Asymmetrische Repression oder **asymmetrische Verfolgung** kann die offene und strukturelle Gewalt genannt werden, mit der Roma in Europa konfrontiert sind. **Im Gegensatz zur klassischen Verfolgung unter einem autoritären oder faschistischem Regime zeichnet sich Verfolgung im postnazistischen Europa des 21. Jahrhunderts durch eine verstörende Gleichzeitigkeit von ebenso prominenten wie folgenlosen Initiativen und Maßnahmen gegen eine Diskriminierung der Roma, einem allgegenwärtigen formalen Bekenntnis zu Menschenrechten und Toleranz mit offener brutaler Verfolgung aus.** Übergriffe und Pogrome sind kein Staatsgeheimnis. Sie sind der Bevölkerung vor Ort bekannt und werden von internationalen Menschenrechtsorganisationen auch dokumentiert. Diese für moderne Gesellschaften bezeichnende Diskrepanz zwischen demokratischen Ansprüchen und Erklärungen mit der Realität, der sture Unwille die Prinzipien von Recht und Freiheit auch effektiv zu verteidigen,²⁰ erzeugt eine gedoppelte soziale Wirklichkeit: Good will und eifrige Menschenrechtsarbeit einerseits, die Fiktion einer engagierten und kritischen Gemeinschaft, jahrzehntelanges Elend, Pogrome und Misshandlung andererseits, die Wirklichkeit einer indifferenten Gesellschaft, welche unfähig ist, die mühsam errungenen zivilisatorischen Standards zu verteidigen. Unaufhaltsam und mit schlafwandlerischer Sicherheit setzt sich diese Spaltung in allen Teilen der Gesellschaft fest. Menschenrechte werden im Verfassungsrang gehoben und von den Spitzen der Politik garantiert, während subalterne Beamte diese problemlos mit administrativen Maßnahmen aushebeln können. Je mehr Tonnen Papier mit Garantien und Versprechungen für die Roma gedruckt werden, desto auswegloser erscheint ihre Situation. Wenn selbst zentrale EU-Instanzen und Zivilgesellschaft mit Unterstützung internationaler Geldgeber nicht in der Lage sind, der Spirale der Gewalt und Repression Einhalt zu gebieten, bleibt wenig Hoffnung für Veränderungen. Bedenkt man, den unübersehbaren Rechtsruck in vielen Staaten Osteuropas, die weiterhin akute ökonomische Krise in Europa oder die internationale Krise in der Ukraine wird ersichtlich, dass selbst eine weitere Verschlimmerung der Situation der Roma durchaus möglich ist.

20 „Faced with such serious human rights violations by EU member states, it is hard to understand why the European Commission has not yet acted more swiftly and strongly. The EU's executive body certainly has considerable powers to do so. It can initiate infringement proceedings against any of the 27 member states whose policies or practices are contrary to EU law, including the Race Equality Directive. In other fields of EU law, the Commission is not so reluctant to use these powers. In fact, it opens hundreds of infringement proceedings every year ranging from environmental issues and taxation to the internal market and transport. [...] Nevertheless, not a single proceeding has been carried out to date against member states whose policies or practices are discriminatory against the Roma, or indeed any other ethnic group.“ <https://www.amnesty.org/en/latest/campaigns/2013/04/the-rhetoric-and-reality-of-roma-rights/>